

Bericht der Petitionskommission an den Landrat

betreffend Petition «Erstaufnahmezentrum im Längi-Quartier in Pratteln»

2026/5764

vom 14. September 2026

1. Ausgangslage

Die von 156 Personen unterzeichnete Petition verlangt, dass die Standortwahl für das geplante kantonale Asyl-Erstaufnahmezentrum im Prattler Längi-Quartier nochmals überprüft wird. Konkret soll ein alternativer Standort geprüft werden, um die Belastung durch Asylunterbringungen ausgewogener auf das ganze Kantonsgebiet zu verteilen. Die Unterzeichnenden würden die Notwendigkeit von Erstaufnahmezentren anerkennen und zu einer verantwortungsvollen Asylpolitik stehen, heisst es im Petitionsschreiben. Die Standortwahl müsse aber unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten erfolgen. Das fragliche Erstaufnahmezentrum, so heisst es weiter, stelle für das Längi-Quartier eine erhebliche zusätzliche Belastung dar, nachdem die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen durch das Engagement von Bewohnerschaft und lokalen Organisationen in den vergangenen Jahren schrittweise verbessert und die Lebensqualität im Quartier nachhaltig gestärkt habe werden können. Heute sei das Quartier für viele Familien ein stabiler Wohnort. Sorge bereitet den Petentinnen und Petenten die Konzentration zusätzlicher sozialer Herausforderungen in einem sensiblen Umfeld, die mögliche Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sowie die Gefahr einer Überforderung von bestehenden Integrationsstrukturen; sie betonen, dass die aktuelle Standortwahl diese Bedenken nicht ausreichend berücksichtige.

Für Details wird auf den beiliegenden Petitionstext verwiesen. Die Geschäftsleitung des Landrats hat die Petition am 28. Mai 2026 an die Petitionskommission überwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Petitionskommission hat die Petition an ihrer Sitzung vom 18. August 2026 im Beisein der juristischen Beraterin der Petitionskommission, Nina Blum, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Rechtsdienst von Regierungsrat und Landrat, beraten. Seitens der Petentinnen und Petenten hat sie Philippe Schuler, den Präsidenten des Quartiersvereins Längi, angehört. Die Sicht der federführenden Finanz- und Kirchendirektion wurde von Fabian Dinkel, Leiter des Kantonalen Sozialamtes, und Marco Ramseier, Co-Abteilungsleiter Sozialhilfe/Asyl, Kantonales Sozialamt, vertreten.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

2.3.1 Schriftliche Stellungnahme der Finanz- und Kirchendirektion vom 13. Juli 2026

Der Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion betont in seiner Stellungnahme, dass die Haltung der Bevölkerung gegenüber einer Asylunterkunft für den Regierungsrat von grosser Bedeutung sei. Negative Auswirkungen gelte es zu vermeiden – und im Bedarfsfall müssten entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Die hohe Zahl an Zuweisungen von Asylbewerbern durch den

Bund mache ein kantonales Erstaufnahmezentrum aber zu einer Notwendigkeit. Eine geeignete Nachfolgelösung für das zeitlich befristete Erstaufnahmezentrum in Laufen zu finden, sei nicht einfach gewesen. Man habe sich auch dank der Unterstützung der Standortgemeinde für Pratteln entschieden. Regierungsrat und Landrat hätten sich aber bereits 2025 für die Weiterführung eines kantonalen Erstaufnahmezentrums entschieden (siehe Vorlage [2025/361](#)) – bereits damals sei der geplante Standort, der für fünf oder allenfalls zehn Jahre in Betrieb sein soll, kommuniziert worden. Dabei seien die Sozialverträglichkeit und die Sicherheit zentrale Bestandteile für Planung und Betrieb, heisst es weiter. Die Erfahrungen mit dem Erstaufnahmezentrum in Laufen seien aber positiv gewesen – es habe keine grösseren Zwischenfälle gegeben. Basierend auf diesen Erfahrungen sei ein spezifisches Sicherheitskonzept für die Anlage in Pratteln ausgearbeitet worden, das etwa einen rund um die Uhr kontrollierten Eingang zur Unterkunft vorsehe. Die Bevölkerung bzw. der Quartierverein seien zudem mit verschiedenen Anlässen direkt angesprochen worden. Der Regierungsrat sei darum überzeugt, dass eine gute Lösung umsetzbar und ein gutes Neben- und Miteinander möglich seien.

2.3.2 *Anhörung der Petentinnen und Petenten*

Der Vertreter der Petentinnen und Petenten betonte gegenüber der Kommission, dass die Längi mit ihrem hohen Ausländeranteil – dies als grundsätzliche Kritik am Vorhaben – kein geeigneter Standort für das Erstaufnahmezentrum sei. Zudem wurde auf eine Vielzahl an Detail- oder Umsetzungsfragen hingewiesen, die von kantonalen Seite nicht oder nur unzureichend beantwortet worden seien. Gespräche mit dem Gemeinderat hätten ebenfalls nichts gefruchtet. Die Fragen betreffen etwa die Sicherheit, den Betriebsablauf, den Mehrverkehr – oder auch konkrete Anliegen wie eine verbesserte Beleuchtung der umgebenden Strassen. Weiter besteht die Befürchtung, dass die Attraktivität des unmittelbar benachbarten Quartierzentrums durch die Asyl-Infrastruktur allenfalls leiden könnte. Schliesslich wurde angemerkt, dass das geplante Zentrum mit 150 Plätzen (plus Reserveplätze) bedeutend grösser geplant werde als ein früher am selben Ort von der Gemeinde betriebenes Asylzentrum.

2.3.3 *Anhörung einer Delegation der Finanz- und Kirchendirektion*

Die Vertretung der Finanz- und Kirchendirektion erläuterte die aktuelle Situation im Asylbereich mit ihren geopolitischen Implikationen. Sie zeigte das Zusammenspiel zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden auf und ordnete das geplante Erstaufnahmezentrum in diesem Kontext ein: Es sei praktisch unmöglich, die sehr kurzfristig erfolgenden Zuweisungen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern seitens Bund sofort an die Gemeinden weiterzuleiten, weshalb ein kantonales Erstaufnahmezentrum als Zwischenschritt unabdingbar sei. Ein anderer, ebenfalls geprüfter Standort in Pratteln sei wegen diverser Probleme (u. a. zonenkonforme Nutzung) verworfen worden. Die Vorbehalte, die in der Petition zum Ausdruck kommen, seien aber gut nachvollziehbar. Der Petitionskommission wurde darlegt, welche (insgesamt positiven) Erfahrungen mit dem Erstaufnahmezentrum in Laufen gemacht worden seien und wie der Betrieb in Pratteln aussehen solle. Auch wurde erläutert, welche Schritte unternommen worden seien und noch würden, um die Quartierbevölkerung informieren und einbeziehen zu können. Zudem wurde erläutert, inwiefern die Standortgemeinde von diesem Zentrum profitieren werde (Abgeltung, Zuweisungen von Asylbewerbern). Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Aufgabenabgrenzung von Kanton und Gemeinden derzeit in einem gemeinsamen Projekt überprüft werde, sodass eine «bloss» befristete Nutzung des Geländes auch seine Richtigkeit habe.

2.4. *Würdigung durch die Petitionskommission*

Die Mitglieder der Petitionskommission stellten fest, dass die aufgeworfenen Fragen sehr spezifisch seien und es bestehende Gefässe gebe – namentlich die Begleitgruppe –, um sie zu beantworten. Die Kommission selber könne diese Antworten nicht geben. Zudem würden die Unterlagen aus der Finanz- und Kirchendirektion sehr detailliert aufzeigen, wie die Behörden etwa betreffend Sicherheitsaspekte vorgehen wollten. Das entsprechende Konzepte wurde als gut austariert und umfangreich charakterisiert. Verwiesen wurde auch auf die Erfahrungen in Laufen, wo es keine grösseren Probleme rund um das Erstaufnahmezentrum gegeben habe, wie ein Kommissions-

mitglied auch aus persönlicher Erfahrung berichten konnte. Es wurde aber angeregt, dass es gerade für junge Männer eine über die geplanten Beschäftigungsprogramme hinausgehende Möglichkeit zu einer handwerklichen Betätigung geben sollte – dies allenfalls auch in Zusammenarbeit mit der Gemeinde. In der Folge sprach sich die Kommission einstimmig dafür aus, dem Landrat die Kenntnisnahme der Petition zu beantragen.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Mitglieder der Petitionskommission beantragen dem Landrat mit 7:0 Stimmen, von der Petition Kenntnis zu nehmen.

14.09.2026 / gs

Petitionskommission

Tobias Beck, Präsident

Beilagen

– Petitionstext

Philippe Schuler
Siebenjurtenstrasse 7
4133 Pratteln

Pratteln, den 11. Mai 2026

Herr
Landratspräsident
Reto Tschudin
c/o Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal



Betreff: Petition betreffend Erstaufnahmezentrum im Längi-Quartier in Pratteln

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Petition ersuchen wir den Landrat des Kantons Basel-Landschaft, die Standortwahl für das geplante kantonale Erstaufnahmezentrum in Pratteln (Längi) nochmals zu überprüfen.

1. Ausgangslage

Das Längi-Quartier in Pratteln ist ein vielfältig geprägtes Wohnquartier, das in den vergangenen Jahren eine intensive Entwicklung durchlaufen hat. Durch das Engagement der Bewohnerschaft sowie lokaler Organisationen konnte die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen schrittweise verbessert und die Lebensqualität im Quartier nachhaltig gestärkt werden.

Heute ist das Quartier für viele Familien ein stabiler Wohnort.

2. Problemstellung

Die geplante Ansiedlung eines kantonalen Erstaufnahmezentrums mit einer Kapazität von bis zu 150 Personen (zzgl. Reserveplätze) stellt für das Quartier eine erhebliche zusätzliche Belastung dar.

Aus Sicht der Unterzeichnenden bestehen insbesondere folgende Bedenken:

- Konzentration zusätzlicher sozialer Herausforderungen in einem bereits sensiblen Quartier;
- mögliche Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung;
- Gefahr einer Überforderung bestehender Integrationsstrukturen.

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des Betriebs wird die Standortwahl im Quartier als kritisch wahrgenommen.

3. Anliegen

Vor diesem Hintergrund wird der Kanton Basel-Landschaft aufgefordert: einen alternativen Standort für das geplante Erstaufnahmezentrum zu prüfen und vorzusehen, der die Belastung ausgewogener auf das Kantonsgebiet verteilt.

4. Begründung

Eine nachhaltige Asyl- und Integrationspolitik erfordert nicht nur geeignete Strukturen, sondern auch eine sorgfältige Standortwahl. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- bestehende soziale und infrastrukturelle Belastung eines Quartiers;
- Akzeptanz in der Bevölkerung als Voraussetzung für funktionierende Integration;
- ausgewogene Verteilung von Einrichtungen im Kantonsgebiet.

Die aktuelle Standortwahl wird diesen Kriterien aus Sicht der Petitionierenden nicht ausreichend gerecht.

5. Schlussbemerkung

Die Unterzeichnenden anerkennen die Notwendigkeit von Erstaufnahmezentren und stehen zu einer verantwortungsvollen Asylpolitik. Gleichzeitig erachten sie es als zentral, dass die Standortwahl unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten erfolgt. Diese Petition wird von den unterzeichnenden Personen unterstützt, die sich eine zeitnahe und angemessene Lösung wünschen.

Wir bitten Sie daher, das Anliegen sorgfältig zu prüfen und entsprechende Schritte einzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Philippe Schuler
(und Mitunterzeichnende)

